

Veranstaltungsort



© MLU

Martin-Luther-Universität

Halle-Wittenberg

Hörsaal XIVa/b

Universitätsplatz 11 (Löwengebäude)

06108 Halle (Saale)

Tel.: 0345 5520

www.jura.uni-halle.de

Herausgeber:
Ministerium für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Domplatz 2 - 4, 39104 Magdeburg
Tel.: 0391 567-6235, -6230, -6234, Fax: 0391 567-6187
E-Mail: presse@mj.sachsen-anhalt.de, Internet: www.mj.sachsen-anhalt.de

Diskussionsveranstaltung



Digitale Gewitterwolken

(Wie) Sollte die EU Plattformen regulieren?

6. Mai 2019

18:00 Uhr

**Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Hörsaal XIVa/b
Universitätsplatz 11 (Löwengebäude), Halle (Saale)**

**in Kooperation mit der Deutschen Vereinigung
für Gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht e.V.**

Digitale Gewitterwolken

(Wie) Sollte die EU Plattformen regulieren?

Ein Großteil der geschäftlichen wie der privaten Kommunikation erfolgt heute über Internet-Plattformen. Als „Intermediären“ kommt Plattformbetreibern wie Amazon, Apple, Facebook oder Google damit eine entscheidende Rolle für den demokratischen und gesellschaftlichen Diskurs wie die kommunikative Grundversorgung zu.

Plattformen geraten daher zunehmend in den Fokus staatlicher Regulierung. Bisher konzentrieren sich die Ansätze zur regulatorischen Erfassung von Plattformen im nationalen wie im EU-Recht allerdings einseitig auf bestimmte Aspekte von Plattformen, ohne übergreifende Konzepte in den Blick zu nehmen. So stand in letzter Zeit vor allem das Bemühen im Fokus der politischen Diskussion, die Plattformbetreiber zum Schutz bestimmter individueller Interessen, namentlich von Urheber- und Persönlichkeitsrechten, zur Sperrung bzw. Filterung bestimmter rechtswidriger Inhalte zu verpflichten.

Der Streit um die Angemessenheit solcher Upload-Filter hat jüngst vor allem im Hinblick auf die Gefahr eines „Overblocking“ zu einem vorübergehenden Stocken der Trilogverhandlungen zur EU-Urheberrechtsreform geführt. Auch das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) von 2017 steht wegen der fehlenden Sanktionierung eines Overblocking und der damit verbundenen Eingriffe in die Meinungsfreiheit in der Kritik.

Vor diesem Hintergrund sollen für eine künftige Regulierung von Plattformen auf EU-Ebene alternative Ansätze gefunden werden, um einerseits die Funktionsfähigkeit von Plattformen als Kommunikationsvermittler zu gewährleisten und für einen möglichst breiten Zugang offen zu halten, ohne andererseits die berechtigten Interessen der betroffenen Rechteinhaber zu gefährden. Neben urheberrechtlichen Haftungsmodellen sollen dabei auch die Mechanismen der medienrechtlichen Regulierung von Rundfunkplattformen sowie der kartellrechtlichen Marktmachtkontrolle in den Blick genommen werden.

Anne-Marie Keding
Ministerin für Justiz und
Gleichstellung des Landes
Sachsen-Anhalt

Prof. Dr. Malte Stieper
Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg

D i s k u s s i o n

Es diskutieren:

Stefan Herwig

Mindbase Strategic Consulting, Gelsenkirchen

Martin Apler und Jens Präkelt

GHEED, Halle

Verena Schneider

Justitiarin, Medienanstalt Sachsen-Anhalt

Prof. Dr. Daniela Seeliger

Linklaters Düsseldorf, Mitglied in der Kommission Industrie 4.0 des
Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Prof. Dr. Malte Stieper

Gundling-Professur für Bürgerliches Recht, Recht des geistigen Eigentums
und Wettbewerbsrecht an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Moderation:

Sabine Overkämping

Referatsleiterin Europa- und Völkerrecht
Ministerium für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt